

POLITISCHE ABTEILUNG I
p.B.15.21.Slk. - VDF/BUB

Bern, 9. Dezember 1993

Notiz ins Dossier

Besuch der slowakischen Justizministerin Tothova in Bern

Am 7. Dezember 1993 stattete die Justizministerin der Slowakischen Republik dem Vorsteher des EJPD einen Arbeitsbesuch ab. Anlässlich der Gespräche wurden folgende Themen erörtert:

1. Europäisierung des schweizerischen Rechts

Herr Bundesrat Koller erläuterte die verschiedenen Massnahmen, welche die Schweiz ergriffen hat, um ihre Gesetzgebung europaverträglich zu gestalten. Dazu gehören:

- Prüfung jeder Gesetzesvorlage auf ihre Europaverträglichkeit hin
- Umwandlung des sog. Eurolex-Paktes in ein Swissex-Paket, welches sicherstellen sollte, dass das schweizerische Wirtschafts- und Sozialrecht ab 1. Januar 1994 weitgehend an jenes der Europäischen Union angepasst ist.

Angesichts der grossen wirtschaftlichen Bedeutung der Europäischen Union für die Schweiz ist diese Anpassung dringend notwendig, und zwar ganz unabhängig davon, ob die Schweiz Vertragspartei des EWR bzw. Mitgliedstaat der Europäischen Union ist oder nicht. In diesem Zusammenhang bietet der Vorsteher des EJPD der slowakischen Seite schweizerische Hilfe an für den Fall, dass man auch in Bratislava an eine Europäisierung des dortigen Rechtes denken sollte.

2. Kampf gegen Korruption und internationales Verbrechen

Die slowakischen Behörden zeigen sich stark interessiert an einem internationalen Erfahrungsaustausch über Massnahmen gegen Korruption in der Verwaltung. Mit besonderem Interesse sehen sie der Tagung der europäischen Justizminister in Malta (1994) entgegen, welche das Thema Korruption zum Hauptgegenstand hat. In das gleiche



Kapitel gehören auch die Massnahmen gegen das organisierte internationale Verbrechen. Bundesrat Koller orientiert über die letzten Revisionen des schweizerischen Strafgesetzbuches in Sachen Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Er stimmt mit der Analyse der slowakischen Justizministerin überein, wonach das organisierte Verbrechen auch die Reformmassnahmen politischer und wirtschaftlicher Art in den mittel- und osteuropäischen Staaten letztlich unterlaufen kann.

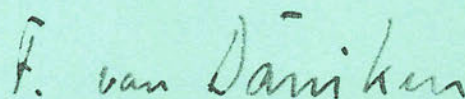
3. Drogen

Wie die Schweiz kämpft auch die Slowakische Republik mit dem Phänomen zunehmenden Drogenkonsums und Drogenhandels. Ihre diesbezügliche Gesetzgebung (Suchtmittelgesetzgebung) erweist sich als ungenügend. Sie regelt Produktion, Vermittlung bzw. Handel sowie den Konsum, doch ist sie auf Suchtmittel herkömmlicher Art ausgerichtet.

4. Minderheiten

Vom Gastgeber auf die Situation der Minderheiten in der Slowakischen Republik angesprochen, gibt Frau Tothova zu verstehen, dass es einige "Probleme" in ihrem Land gebe, vor allem mit der ungarischen Minderheit. Dabei betont sie allerdings, dass die slowakische Regierung auf Transparenz in dieser Angelegenheit bedacht sei und z.B. auch bereit wäre, internationale Kommissionen zur Begutachtung der Minderheitensituation im Land willkommen zu heissen. Gleichzeitig verdächtigt sie indirekt die ungarische Regierung gewisser "grossungarischer Träume", und sie beschuldigt die Zigeuner in der Slowakei, sich von Ungarn für diese Träume einspannen zu lassen. Sie befürwortet den Ausbau des Minderheitenschutzes im Rahmen des Europarates, so z.B. durch den Abschluss eines Zusatzprotokolls zur EMRK über den Schutz der Minderheitenrechte. Die Haltung der slowakischen Regierung fasst sie so zusammen: Minderheitenschutz ja, doch darf dieser nicht so weit gehen, dass er den nationalen Zusammenhalt bzw. die nationale Souveränität gefährdet. Sie weist auch daraufhin, dass die Durchsetzung des Minderheitenschutzes im ganzen Land einige Zeit braucht.

POLITISCHE ABTEILUNG I



F. von Däniken

Kopie

- Herrn Dr. B. Ehrenzeller, persönlicher Mitarbeiter des EPPD-Vorstehers
- WP/BAN

CK 10. Dez. 2015